

FRITZ SÖLLNER

Krise als Mittel zur Macht

LMIV

*Gewidmet allen Mitbürgern,
die sich nicht den Mund verbieten und sich nicht
den gesunden Menschenverstand ausreden lassen.*



© 2022 LMV, ein Imprint der Langen Müller GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Schutzumschlaggestaltung: Sabine Schröder
Umschlagmotiv: Adobe Stock
Satz: VerlagsService Dietmar Schmitz GmbH, Kirchheim
Druck und Binden: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 978-3-7844-3640-1

www.langenmueller.de

Inhalt

Vorwort von Thilo Sarrazin	7
Vorbemerkungen und Danksagungen	9
Prolog: Das Land, in dem wir gut und gerne leben?	11
Erster Teil:	
Die Krisenrepublik Deutschland	21
Kapitel 1: Die Große Rezession und die Eurokrise	23
Kapitel 2: Die Mutter aller Probleme – die Flüchtlingskrise	45
Kapitel 3: Der Dauerbrenner – die Klimakrise	62
Kapitel 4: Der Traum jedes Krisenpolitikers – die Coronakrise	90
Kapitel 5: Die große Geldentwertung.	122
Zweiter Teil:	
Die Hintergründe und Abgründe der Krisenpolitik . . .	135
Kapitel 6: Grundmuster und Ziele der Krisenpolitik . . .	137
Kapitel 7: 1984 – Zurück in die Zukunft	170
Kapitel 8: Der Weg zur neuen Knechtschaft	212
Epilog: Was wollen Sie sein – Bürger oder Untertan? . . .	254
Anmerkungen	270
Literaturverzeichnis	292

Vorwort

von Thilo Sarrazin

Fritz Söllner schlägt zur deutschen Gegenwartsgeschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte einen weiten Krisenbogen. Das reicht von der Weltfinanzkrise 2007/2008 über die Eurokrise 2009 bis 2011, die Flüchtlingskrise 2015/2016 und die schon permanente Klimakrise bis zur Coronakrise 2020 bis 2022 – ein Ende ist nicht absehbar.

In jeder dieser Krisen stoßen bestimmte Grundpositionen mehr oder weniger unversöhnlich aufeinander. Immer wieder geht es um das Verhältnis von zentralen und dezentralen Lösungen, um die Rolle Europas und des Nationalstaats, um die Güterabwägung zwischen Freiheit und Sicherheit, um die Bedeutung solider Staatsfinanzen, um Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit, um die Konkurrenz unterschiedlicher kultureller Vorstellungen und um die Frage, wie weit ins Internationale und auf fremde Kontinente deutsche und europäische Solidaritätspflichten reichen sollen. Hier prallen vorhandene Gegensätze hart aufeinander. Die Befürworter zentralstaatlicher europäischer Lösungen sind dabei tendenziell auf dem Vormarsch und nutzen jede Möglichkeit.

Zu Finanz- und Währungsfragen, zur Asyl- und Einwanderungspolitik sowie zum Umgang mit Energiefragen und Klimawandel decken sich die präzisen und anschaulichen Darlegungen von Fritz Söllner weitgehend mit meinen Auffassungen. Bei der Einordnung der Corona-Pandemie bin ich etwas vorsichtiger als er. Ob und wie diese Pandemie zu Ende geht, ist aus meiner Sicht noch völlig offen.

Auch hat der Ukraine-Krieg, der in den Analysen des Buches nur am Rande auftaucht, das Potential, die Weltordnung, in die wir in den letzten dreißig Jahren hineingewachsen sind, weitge-

hend umzustürzen. Einem pazifistisch geprägten Weltbild ist für viele Jahrzehnte die Grundlage entzogen. Die westlich geprägten demokratischen Marktwirtschaften – von Südkorea und Japan im Fernen Osten über Nordamerika und Westeuropa bis nach Polen und das Baltikum – werden sich in einer neuen Wehrhaftigkeit zusammenfinden müssen, um ihr Gesellschaftsmodell gegen russischen Faschismus und chinesische Diktatur behaupten zu können. Welche Bedeutung angesichts dieses Prozesses die von Fritz Söllner beschriebene Entwicklung zu immer mehr Zentralstaatlichkeit haben wird, ist zurzeit noch nicht absehbar.

Berlin, im Mai 2022

Thilo Sarrazin

Vorbemerkungen und Danksagungen

Dieses Buch hat die deutsche Krisenpolitik der letzten fünfzehn Jahre zum Gegenstand – ihre Inhalte, ihre Folgen, aber auch ihre Hintergründe und Motive.

Angeregt zur Beschäftigung mit diesem Thema wurde ich durch meine Arbeiten zur Flüchtlings- und Migrationspolitik im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise von 2015. Dabei fiel mir auf, dass sich gewisse Grundmuster des politischen Handelns in dieser Krise auch in den vorhergehenden und den darauffolgenden Krisen zeigten. Es erschien mir deshalb lohnenswert, sich nicht nur mit der einen oder anderen Krise, sondern mit der Krisenpolitik insgesamt zu beschäftigen. Die Erkenntnisse, zu denen ich dabei gelangt bin, hielt ich für so wichtig, dass ich sie einer breiten Öffentlichkeit in Buchform mitteilen wollte. Denn die Krisenpolitik hat sich in meiner Analyse als zentrales Element von Bestrebungen erwiesen, die die Freiheiten und Rechte der Bürger, die Grundlagen unseres Wohlstandes und sogar die Existenz Deutschlands als souveränen Staat bedrohen. Deshalb ist mir sehr daran gelegen, mit meinen Warnungen möglichst viele Mitbürger zu erreichen.

Ich bin Michael Fleissner, dem Geschäftsführer und Inhaber des Langen Müller Verlags, sehr dankbar, dass er mich in meinen Bemühungen unterstützt und mein Buch in sein Verlagsprogramm aufgenommen hat. Beim Verlag Langen Müller habe ich nicht nur eine Publikationsmöglichkeit gefunden, sondern auch eine Betreuung, die so gut ist, wie man sie sich als Autor nur wünschen kann. Dafür danke ich dem gesamten Verlagsteam.

Rupert Pritzl hat eine erste Fassung des Manuskripts gelesen und ich danke ihm für viele wichtige Hinweise. Von den Diskussionen mit ihm, aber auch von dem Austausch mit Kollegen

aus verschiedenen Fachrichtungen habe ich sehr profitiert. Nennen möchte ich an dieser Stelle insbesondere Thomas Bargatzky, Siegfried Franke und Martin Wagener. Selbstverständlich ist keiner der Genannten für den Inhalt dieses Buches in irgendeiner Weise verantwortlich.

Thilo Sarrazin, der viele Dinge ähnlich wie ich sieht, danke ich dafür, dass er sich die Zeit genommen hat, das Vorwort zu diesem Buch zu verfassen. Seine Veröffentlichungen waren mir nicht nur eine wichtige Informationsquelle, sondern dienten mir auch als Vorbild für eine sachliche, klare und stets gut belegte Darstellung.

Schließlich bin ich den vielen kritischen Bürgern dankbar, die ich bei verschiedenen Vorträgen im Laufe der letzten Jahre getroffen habe und die mich in meinen Bemühungen bestärkt und ermuntert haben. Ihnen sei dieses Buch gewidmet.

Bayreuth, im Mai 2022

Fritz Söllner

Prolog: Das Land, in dem wir gut und gerne leben?

»Lass niemals eine Krise ungenutzt verstreichen.«

Winston Churchill

2017 sind CDU und CSU mit dem Slogan »Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben« in den Bundestagswahlkampf gezogen.¹ Viele Bürger haben sich damals gefragt und stellen sich noch heute die Frage, ob sie in Deutschland wirklich noch »gut und gerne leben« können. Schließlich jagt seit über einem Jahrzehnt eine Krise die nächste: die Finanzkrise, die im Sommer 2007 begann und 2009 in die Eurokrise mündete; die Kernenergiekrise, die 2011 durch den GAU von Fukushima ausgelöst wurde; die seit 2015 anhaltende Flüchtlingskrise; die Klimakrise, die schon seit längerem geschwelt hatte und 2018 in der öffentlichen Wahrnehmung so hochkochte, dass sie seither die öffentliche Diskussion und die Politik auf allen Ebenen wesentlich beeinflusst; 2020 wurde sie durch die (noch anhaltende) Coronakrise vorläufig in den Hintergrund gedrängt. Im Gefolge derselben hat die nächste Krise schon begonnen, ihren Lauf zu nehmen: die Geldentwertungskrise. Hinzu kommt, dass einige dieser Krisen durch den Ende Februar 2022 von Russland begonnenen Ukraine-Krieg an Schärfe zugenommen und an Aktualität gewonnen haben.

Krisen gab es schon immer, aber dass sie so gehäuft auftreten, ist doch ungewohnt für viele Bürger. Sie sind nicht nur beunruhigt, *dass* es zu diesen (oder anderen) Krisen kommt, sondern auch, *warum* es zu ihnen kommt und *wie* mit ihnen umgegangen wird.

In den letzten Jahren konnten Beobachter der Krisenpolitik immer mehr den Eindruck gewinnen, dass Krisen zumindest leichtfertig in Kauf genommen, in manchen Fällen sogar vorsätzlich herbeigeführt worden sind. Man denke dabei nur an die Eurokrise, zu der der Grundstein durch die unüberlegte Einführung des Euro gelegt wurde, gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und gegen den Rat praktisch aller Ökonomen. Ein anderes Beispiel stellt die Flüchtlingskrise dar, die durch die unbedachte und gesetzeswidrige Grenzöffnung im Herbst 2015 vielleicht nicht verursacht, so doch ausgelöst und wesentlich verschärft wurde.

Noch ein anderer Eindruck drängt sich auf: dass nämlich die Krisen, warum auch immer sie ausgebrochen sein mögen, in jedem Fall zu bestimmten politischen Zwecken instrumentalisiert worden sind. Dass Krisen zur Verfolgung anderer, damit nicht unmittelbar zusammenhängender Ziele ausgenutzt werden, zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der aktuellen Coronakrise, in der insbesondere die Transfer- und Schuldenunion auf europäischer Ebene einen großen Schritt vorangebracht worden ist. Aber auch die früheren Krisen wurden instrumentalisiert. Nicht zuletzt dadurch lassen sich auch die eklatanten Fehlleistungen bei der Bewältigung und beim Management der verschiedenen Krisen erklären.

Dieses Missmanagement ist nur auf den ersten Blick verwunderlich, da es ein kaum vorstellbares Maß an Inkompetenz voraussetzen scheint. Aber auf den zweiten Blick wird es verständlich, wenn man sich klarmacht, dass es häufig eben nicht um eine möglichst rationale und effiziente Bewältigung einer Krise geht, sondern um die Durchsetzung bestimmter Maßnahmen und die Verfolgung bestimmter Ziele, die mit Verweis auf die jeweils akute Krise gerechtfertigt werden. Typischerweise handelt es sich dabei um Maßnahmen und Ziele, die nicht im Interesse der einheimischen Bevölkerung – oder zumindest

nicht im Interesse großer Teile dieser Bevölkerung – liegen und die deshalb in Normalzeiten und ohne die durch Krisen scheinbar erzwungene Notwendigkeit kaum durchsetzbar wären.

Auch wenn diese Mechanismen schwer durchschaubar und noch schwerer belegbar sind, bleiben die Nachteile und Kosten einer solchen Vorgehensweise zumindest denjenigen nicht auf Dauer verborgen, die darunter am meisten zu leiden haben. Deren Unwillen wird noch dadurch vergrößert, dass die Verantwortlichen die Folgen ihrer Krisenpolitik nicht selbst ausbaden müssen, sondern im Gegenteil häufig davon profitieren. Beispielfhaft sei an dieser Stelle nur die Flüchtlingspolitik genannt, unter der vor allem die Geringverdiener und Geringqualifizierten in der deutschen Bevölkerung zu leiden hatten und haben – und nicht die wohlhabenden und gutgebildeten Verteidiger der Willkommenskultur, die sogar mit Vorteilen für sich rechnen können.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist ein zunehmendes Misstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber den für diese Politik verantwortlichen Eliten zu beobachten. Politiker und Parteien hatten ja schon immer einen eher schlechten Ruf, aber in jüngerer Zeit hat auch das Ansehen von Regierung, Medien, Justiz und Wissenschaft gelitten.

Es gibt also viele Gründe – die Ineffektivität und Ineffizienz der Krisenpolitik, die Asymmetrie der dadurch verursachten Belastungen, das Misstrauen gegenüber der Politik und anderen Institutionen – dafür, dass Deutschland aus den bisherigen Krisen nicht geeint und gestärkt hervorgegangen ist, sondern jedes Mal gespaltener und geschwächer. Mehr noch: Das Land und dessen Wesen ändern sich von Krise zu Krise immer mehr. Der Einfluss des Staates auf das Leben der Bürger wird immer stärker; die Freiheitsrechte werden immer mehr eingeschränkt; die Regulierung, Überwachung und Reglementierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Privatleben wird immer intensiver be-

trieben; Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit leiden zunehmend; die Rechtsstaatlichkeit gerät immer stärker in Gefahr; und die Zentralisierung schreitet vor allem auf der Ebene der EU immer weiter voran.

Diese Tendenzen mögen sich nicht in jeder einzelnen Krise deutlich bemerkbar gemacht haben, aber, wenn man alle Krisen zusammen betrachtet und die Lage vor Beginn dieser Krisen mit der aktuellen Situation vergleicht, so sind die eingetretenen Veränderungen unübersehbar. Wenn jemand vor 20 Jahren in Tiefschlaf gefallen wäre und heute erwachen würde: Würde er Deutschland noch als dasselbe Land wiedererkennen? Oder hätte er vielleicht den Eindruck, dass Deutschland, um den Titel des meistverkauften Sachbuchs der letzten Jahrzehnte zu zitieren, »sich abschafft«?²

Aber stimmt das denn wirklich? Geht es tatsächlich mit Deutschland bergab? Schließlich hören wir häufig, zuletzt von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 3. Oktober 2020 anlässlich der Feier zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit, dass »wir heute im besten Deutschland leben, das es jemals gegeben hat«.³ Und wenn man der Union Glauben schenken darf, kann man ja gerade heute in Deutschland »gut und gerne leben«.

Handelt es sich bei dem düsteren Bild, das ich soeben entworfen habe, also nur um Schwarzmalerei? Die Ängste, die Unzufriedenheit, die Sorgen, von denen ich gesprochen habe: Stecken hinter ihnen nur das dumpfe Unbehagen der Ewiggestrigen und die Ressentiments der Zukurzgekommenen? Gibt es dafür aber überhaupt Gründe oder wird dieses Unbehagen, werden diese Ressentiments nur von Populisten, Feinden der Demokratie und ausländischen Mächten geschürt? Ist die angebliche Instrumentalisierung der Krisenpolitik zur Verfolgung bestimmter Ziele, zur Durchsetzung bestimmter Maßnahmen nur ein Hirngespinnst von Verschwörungstheoretikern?

Wenn man der Regierung, den etablierten Parteien und den reichweitenstarken Medien glauben darf, dann lautet die Antwort auf jede dieser vier Fragen »ja«. Aber darf man ihnen so ohne Weiteres glauben? Schließlich sind sie alle Akteure und Profiteure dieser Krisenpolitik, die es zu hinterfragen gilt. Man braucht nicht lange zu suchen, um Belege dafür zu finden, dass nicht alles zum Besten steht. Ist es etwa kein Grund zur Sorge, wenn der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, vor der Aushöhlung des Rechtsstaats warnt und die »Freiheit in Gefahr« sieht?⁴ Und warum kehren in den letzten Jahren mehr und mehr gut ausgebildete junge Leute Deutschland den Rücken zu und wandern aus, um ihr Glück in anderen Ländern zu suchen?⁵ Dabei leben wir doch im besten Deutschland, das es je gegeben hat ... Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, wird unschwer weitere Anzeichen einer bedenklichen Entwicklung entdecken, die gewisse Zweifel am »offiziellen« Deutschlandbild aufkommen lassen.

Mit diesem Buch möchte ich einen bescheidenen Beitrag zur Klärung all dieser Fragen leisten. Es geht mir darum, die Krisenpolitik der letzten fünfzehn Jahre zu analysieren, nach Grundmustern und Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Krisen zu suchen, Entwicklungstendenzen zu identifizieren und schließlich zu überlegen, welche weitergehenden Ziele mit der Krisenpolitik verfolgt werden.

Die Rationalitätsannahme der Ökonomie

Diese Diskussion möchte ich aus der Sichtweise der Ökonomie führen. Schließlich bin ich selbst Ökonom. Das soll aber *nicht* heißen, dass es nur um im engeren Sinn wirtschaftliche Fragen gehen wird (wie etwa um die Höhe der Staatsverschuldung, die Stabilität des Euro oder die finanzielle Situation unseres Systems der sozialen Sicherung). Um solche und ähnliche Frage wird es

auch gehen, da sie sehr wichtig sind. Daneben müssen und werden auch politische, rechtliche, kulturelle und historische Aspekte berücksichtigt. Bei dem Thema, das ich mir gestellt habe, ist dies unverzichtbar. Aber sowohl die wirtschaftlichen als auch die nichtwirtschaftlichen Phänomene sollen durch die Brille der Ökonomie betrachtet werden. Denn mithilfe dieser Brille gewinnt man einen Einblick nicht nur in das wirtschaftliche Handeln der Menschen, sondern in deren Handeln insgesamt, in all seinen Facetten.

Die ökonomische Sichtweise besteht nämlich in nichts anderem als in der Annahme eines bestimmten Menschenbildes. Dem ökonomischen Menschenbild zufolge verhalten sich die Menschen grundsätzlich rational, das heißt, sie sind bemüht, ihre Ziele unter den gegebenen Umständen bestmöglich zu erreichen. Rationalität im ökonomischen Sinn bedeutet also Zweckrationalität. Beispielsweise wird ein Asylsuchender, sofern er verschiedene Zielländer zur Auswahl hat, seinen Asylantrag in dem Land stellen, in dem die Sozialleistungen am höchsten sind. Die jeweils verfolgten Ziele müssen nicht zwangsläufig egoistischer Natur und nur auf das eigene Wohlergehen gerichtet sein. Selbstverständlich können Menschen auch uneigennützig Ziele verfolgen oder die Verwirklichung bestimmter Ideale anstreben. Allerdings geht man in der Ökonomie realistischlicherweise davon aus, dass im Regelfall der Eigennutz das dominierende Motiv des menschlichen Handelns darstellt – eine Annahme, die der Ökonomie häufig den Vorwurf des Zynismus einträgt, die sich aber bei der Erklärung und Vorhersage des Verhaltens auf den verschiedensten Gebieten als sehr hilfreich erwiesen hat.

Die Rationalitätsannahme impliziert, dass Menschen ihr Verhalten ändern, wenn die Umstände eben nicht mehr gegeben sind, sondern sich ändern oder geändert werden. Sie werden also auf Anreize in vorhersehbarer Weise reagieren – zumindest im

Durchschnitt. So werden Autokäufer bei einer massiven Subventionierung und Privilegierung von Elektroautos ihre Nachfrage nach diesen Fahrzeugen erhöhen. Die Rationalitätsannahme der Ökonomie ist gerade für unser Thema so wichtig, weil sich mit ihrer Hilfe Verhaltensweisen erklären lassen, die auf den ersten Blick unverständlich und nicht nachvollziehbar erscheinen – mithin solche Verhaltensweisen, die in der Krisenpolitik fast schon der Regelfall sind. Denn, um dies nochmals zu betonen, rationales und zielgerichtetes Verhalten wird für *alle* Bereiche menschlichen Handelns unterstellt – auch und gerade für das politische Handeln. Mit anderen Worten: Auch Politiker verfolgen ihre eigenen Ziele und Interessen und haben das Gemeinwohl nur insoweit im Auge, als es mit diesen Zielen und Interessen übereinstimmt.⁶

Das Rationalitätskonzept kann auch auf die Politik selbst übertragen werden. Eine rationale Politik wäre demnach eine Politik, die die gesteckten Ziele bestmöglich erreicht. Dabei bedeutet »bestmöglich« meistens »zu den geringsten Kosten«; es kann aber auch bedeuten »so schnell wie möglich« oder »so sicher wie möglich«. Die Politik, die ein Politiker betreibt, wird nur dann in diesem Sinne rational sein, wenn die der Politik gesteckten Ziele auch tatsächlich von ihm verfolgt werden, das heißt, wenn sie mit seinen eigenen Zielen übereinstimmen.

Im Allgemeinen werden in der Ökonomie politische Fragestellungen vom Standpunkt eines bestimmten Landes aus untersucht: Das heißt, dass politische Empfehlungen mit dem Ziel formuliert werden, den nationalen Interessen zu dienen. Nicht umsonst war früher im deutschsprachigen Raum der Begriff »Nationalökonomie« allgemein gebräuchlich. Diese Auffassung wird, wie ich zu behaupten wage, von den meisten Bürgern geteilt, ja, mehr noch, als Selbstverständlichkeit angesehen. Auch das Grundgesetz verpflichtet die Politik eindeutig auf »das Wohl des deutschen Volkes« (Artikel 56). Wie wir leider feststellen

werden, sehen das heute viele Politiker anders und verfolgen in vielen Fällen, und insbesondere in der Krisenpolitik, Ziele, die ganz eindeutig nicht im Interesse Deutschlands liegen.

Zum Inhalt dieses Buches

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen zur Art und Weise meines Vorgehens möchte ich nun auch einen kurzen Überblick über den Inhalt dieses Buches geben. Was also erwartet den Leser?

Im ersten Teil (»Die Krisenrepublik Deutschland«) gebe ich einen Überblick über die wichtigsten Krisen der letzten Jahre und deren Konsequenzen: Finanz- und Eurokrise (Kapitel 1), Flüchtlingskrise (Kapitel 2), Klimakrise und Kernenergiekrise (Kapitel 3) und Coronakrise (Kapitel 4). Außerdem wird erläutert, warum wir am Beginn einer weiteren großen Krise stehen: der Geldentwertungskrise (Kapitel 5).

Gegenstand des zweiten Teils (»Die Hintergründe und Abgründe der Krisenpolitik«) ist eine eingehende Analyse der Krisenpolitik. In Kapitel 6 (»Grundmuster und Ziele der Krisenpolitik«) versuche ich zu klären, wie die deutsche Krisenpolitik grundsätzlich abläuft und welche Regelmäßigkeiten es gibt. Außerdem soll die Frage beantwortet werden, ob diese Politik auf ein bestimmtes Ziel hinausläuft und, wenn ja, auf welches. Ohne allzu viel vorwegzunehmen, kann ich schon an dieser Stelle verraten, dass sich ein solches Ziel erkennen lässt – nämlich die Etablierung eines technokratischen und bürokratischen europäischen Einheitsstaats, in dem eine sich moralisch überlegen fühlende Elite für das Wohl der entmündigten Bürger sorgt. Ich werde zeigen, dass dieses Ziel bewusst und absichtlich angestrebt wird und nicht nur das Ergebnis von Zufällen oder der Endpunkt einer zwangsläufigen Entwicklung ist.

Das siebte Kapitel (»1984 – Zurück in die Zukunft«) hat die Diskussion der Strategien und Maßnahmen zum Gegenstand,

mit denen das im sechsten Kapitel identifizierte Ziel angestrebt wird. Es wird sich zeigen, dass es sich dabei um Strategien und Maßnahmen handelt, die mehr als nur ein wenig an »1984«, die düstere Zukunftsvision von George Orwell, erinnern. Im achten Kapitel (»Der Weg zur neuen Knechtschaft«) möchte ich mich der Frage zuwenden, wie es so weit kommen konnte, wie wir auf den Weg zu dieser Knechtschaft gelangt sind. Wir werden sehen, dass der politische Moralismus dabei eine zentrale Rolle spielt. Dieser hat dazu geführt, dass nur die gute Absicht und die richtige Gesinnung in der Politik zählen – und nicht Verantwortung, Vernunft und Kompetenz.

Das Buch schließt mit einem Epilog (»Was wollen Sie sein – Bürger oder Untertan?«), in dem gefragt wird, ob und wie eine Umkehr auf dem einmal eingeschlagenen Weg noch möglich ist. Ausschlaggebend dafür ist die Grundentscheidung, ob wir in Zukunft weiter als Bürger oder als Untertanen leben wollen. Wenn wir Bürger bleiben wollen, dann müssen wir uns vom Leitbild des Fürsorgestaates abwenden, der sich um alles und alle kümmert, und uns stattdessen wieder mehr auf Selbständigkeit und Eigenverantwortung besinnen. Sollte es nicht zu dieser Rückbesinnung auf bürgerliche und liberale Werte und Tugenden kommen, wird es eine Umkehr auf dem eingeschlagenen Weg vom Bürger zum Untertan nicht geben. Bestimmt gibt es Menschen, die auch in einem solchen Deutschland »gut und gerne« leben werden. Ich gehöre nicht zu ihnen.

Erster Teil: Die Krisenrepublik Deutschland

»Eine Krise kommt selten allein.«

Neues deutsches Sprichwort

Seit 15 Jahren taumelt unser Land von einer Krise in die nächste. Die jeweils akute Krise beherrscht die öffentliche Situation so sehr, dass es keine anderen Themen, keine anderen Probleme zu geben scheint. Das ist vollkommen verständlich und bis zu einem gewissen Grad sicher notwendig. Schließlich soll eine Krise ja so gut und so schnell wie möglich bewältigt werden – das sollte man zumindest meinen. Erfolgreiches Krisenmanagement scheint also vorauszusetzen, dass man alle Kräfte auf die jeweilige Krise konzentriert. Allerdings läuft man auf diese Weise Gefahr, das große Ganze aus den Augen zu verlieren, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Krisen nicht zu sehen und mögliche Entwicklungstendenzen nicht zu erkennen – was durchaus beabsichtigt sein kann.

Deshalb wollen wir uns genau mit diesen Zusammenhängen und Tendenzen beschäftigen. Aber dazu ist es notwendig, sich zunächst einen Überblick über all die Krisen der Vergangenheit und der Gegenwart zu verschaffen, die das politische Leben in Deutschland so sehr bestimmt haben und noch bestimmen. Denn wenn man den Wald erkennen will, in dem man sich befindet, muss man in der Lage sein, die verschiedenen Baumarten voneinander zu unterscheiden. Zu diesem Zweck wollen wir nun, im ersten Teil dieses Buches, eine Tour de Force durch die Historie der deutschen Krisenpolitik unternehmen und dabei folgende Krisen betrachten: Finanz- und Eurokrise, Flüchtlingskrise,

Klimakrise und Kernenergiekrise, Coronakrise und die gerade ausgebrochene Geldentwertungskrise.

Und wo bleibt der Ukraine-Krieg? Diese Frage werden sich viele Leser stellen, dominiert doch dieser Krieg gerade die Politik und die öffentliche Diskussion. Man hätte ihn als die neue Krise darstellen können, die er aus geopolitischer Sicht zweifelsohne ist. Aber dann hätte die Gefahr bestanden, dass die engen Zusammenhänge, die zwischen den Folgen dieses Krieges und den schon genannten Krisen bestehen, aus dem Blick geraten. Der Ukraine-Krieg stellt nämlich *auch* ein neues Stadium der bisherigen Krisen dar: Er verstärkt die problematischen Entwicklungen, die im Lauf dieser Krisen aufgetreten sind, und macht so die Schwachstellen der Krisenpolitik überdeutlich. Er ist also einerseits zwar eine eigene Krise, andererseits aber auch eine »Sekundärkrise« verschiedener vorhergegangener oder paralleler »Primärkrisen«. Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschlossen, auf den Ukraine-Krieg im Rahmen der Darstellung dieser Primärkrisen einzugehen.

Bei dieser Darstellung werde ich mich, wie gesagt, auf einen Überblick beschränken. Denn die Dokumentation der verschiedenen Krisen in all ihren Einzelheiten ist für uns weder sinnvoll noch notwendig. Über jede dieser Krisen sind ganze Bücher, ja ganze Regale voll von Büchern geschrieben worden und ich werde dem interessierten Leser bei der Beschreibung jeder einzelnen Krise weiterführende Literaturhinweise geben.

Die Früchte unserer Anstrengungen werden wir im zweiten Teil ernten, in dem wir aus unserer Analyse der verschiedenen Krisen Schlussfolgerungen nicht nur auf das Grundmuster der bisherigen Krisenpolitik, sondern auch auf deren weitere Entwicklung und die politischen Hintergründe dieser Krisenpolitik ziehen können. Denn, um nochmals Winston Churchill zu zitieren: »Je weiter man zurückblicken kann, desto weiter wird man vorausschauen.«

Damit soll es genug an Vorbemerkungen sein. Wenden wir uns nun den Krisen selbst zu.

Kapitel 1: Die Große Rezession und die Eurokrise

Das Vorspiel – die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch als Große Rezession bezeichnet wird, begann »offiziell« am 9. August 2007, dem Tag, an dem es zu einem sprunghaften Anstieg des Interbankzinssatzes kam.⁷ Zu diesem Zinssatz vergeben Banken untereinander Kredite und sein Anstieg signalisierte einen gravierenden Vertrauensverlust zwischen den Banken. Allerdings gab es auch schon im früheren Verlauf des Jahres 2007 deutliche Anzeichen einer Krise im Finanzsektor: Viele Banken erlitten Verluste und einige mussten Konkurs anmelden oder wurden übernommen; verschiedene Hedgefonds gerieten in eine Schiefelage und mussten geschlossen werden; Zinsanstiege und Kursverluste spiegelten die zunehmende Skepsis und das abnehmende Vertrauen der Anleger wider. Die Krise verschärfte sich am 14. September 2007, als es zu einem Run auf die britische Bank Northern Rock kam, in dessen Folge diese Bank verstaatlicht werden musste. Nach weiteren Schließungen und Übernahmen von Banken auf der ganzen Welt erreichte die Krise am 15. September 2008 ihren Höhepunkt mit dem Konkurs von Lehman Brothers, einer amerikanischen Investmentbank. Weltweit kam es zu Kursstürzen an den Börsen; das Vertrauen der Banken untereinander sank auf einen neuen Tiefpunkt, sodass die Kreditgewährung zwischen ihnen praktisch vollkommen zum Erliegen kam.

Als Reaktion darauf begannen die Banken extrem vorsichtig zu agieren und die Kreditvergabe generell stark einzuschränken.

Diese »Kreditklemme« führte zusammen mit dem wachsenden Pessimismus von Unternehmen und Konsumenten zu einem deutlichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dadurch zu einem Einbruch der Konjunktur. In vielen Ländern schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt und stieg die Arbeitslosigkeit stark an. In Deutschland begann das Bruttoinlandsprodukt im letzten Vierteljahr von 2008 zu schrumpfen. Betrug das (reale) Wachstum 2007 noch 3,0 Prozent, so ging es 2008 auf 0,7 Prozent zurück; 2009 kam es zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5,6 Prozent.⁸ Der angesichts dieser Entwicklung eigentlich zu erwartende starke Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte durch die Ausweitung der Kurzarbeit verhindert werden. Die Bankenkrise war in der Realwirtschaft angekommen – aus der Finanzkrise war eine Wirtschaftskrise geworden.

In Deutschland und weltweit kämpfte die Wirtschaftspolitik an drei Fronten gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre unmittelbaren Folgen. *Erstens* stellten die Zentralbanken – häufig in konzertierten Aktionen – den Banken seit Mitte 2007 große Mengen an Liquidität zu günstigen Konditionen zur Verfügung, damit diese ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen konnten. Dadurch konnten zwar die Liquiditätsprobleme des Finanzsektors gelöst werden, nicht jedoch dessen Solvenzprobleme: Viele Banken erlitten – vor allem in Folge hochriskanter Wertpapiergeschäfte – große Verluste, die drohten, ihr Eigenkapital aufzuzehren und diese Institute in die Überschuldung zu treiben: Sie wären dann insolvent gewesen und hätten Konkurs anmelden müssen. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Lehman-Pleite sollte dies unbedingt verhindert werden, da man angesichts der weltweit engen und oft undurchsichtigen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten im Finanzsektor Dominoeffekte und den Zusammenbruch des gesamten Finanzwesens befürchtete – mit verheerenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Deshalb wurden *zweitens* die strauchelnden Banken und anderen Finanzdienstleister (wie vor allem Versicherungen) vom Staat gerettet – indem ihnen Garantien und Bürgschaften gewährt wurden, ihnen ihre verlustbringenden Wertpapiere abgenommen wurden, ihr Eigenkapital durch staatliche Beteiligungen aufgestockt wurde oder sie gleich verstaatlicht wurden. In Deutschland wurden zu diesem Zweck 2008 der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die ihn verwaltende Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung geschaffen.⁹ Dieser Fonds hatte ursprünglich ein Volumen von 480 Milliarden Euro. Die größten (und bekanntesten) Problembanken, die er unterstützte, waren die Hypo Real Estate, die verstaatlicht wurde, und die Commerzbank, an deren Eigenkapital sich der Fonds beteiligte. Der Finanzrahmen des Fonds wurde bei Weitem nicht ausgeschöpft; nach Rückzahlung von Krediten bzw. Kapitalbeteiligungen und Auslaufen von Garantien bzw. Bürgschaften verblieb zum 31. Dezember 2019 ein ungedeckter Fehlbetrag von 23,0 Milliarden Euro.¹⁰

Drittens wurde auch der Realwirtschaft unter die Arme gegriffen. Mit verschiedenen Konjunkturprogrammen wurde weltweit versucht, die Nachfrage zu beleben und das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. In Deutschland beschloss die Bundesregierung zu diesem Zweck die beiden Konjunkturpakete I und II (im November 2008 bzw. im Januar 2009) sowie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (im November 2009). Neben zahlreichen Steuervergünstigungen beinhalteten diese Gesetze vor allem die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes, die Erhöhung der öffentlichen Investitionen, ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Wirtschaft, einen »Kinderbonus« von 100 Euro pro Kind und die berühmt-berüchtigte »Abwrackprämie« für alte Autos (ihr offizieller Name lautet »Umweltprämie«). Diese Programme hatten insgesamt ein Volumen von ca. 84,3 Milliarden Euro (davon entfielen 31,6 Milliarden Euro